

Heiner Geißler kündigt Informationskampagne an:

Deutschland liegt gut im Rennen

Erfolgreiche Halbzeitbilanz der Regierung Kohl

Generalsekretär Heiner Geißler hat beim Bundesausschuß in Berlin eine neue Informationskampagne zur erfolgreichen Halbzeitbilanz der Regierung Helmut Kohl angekündigt und alle CDU-Mitglieder aufgerufen, sich aktiv an dieser Informationskampagne zu beteiligen. Heiner Geißler sagte dazu in Berlin u. a.:

„Es ist viel über die Darstellung unserer Politik geredet worden. Nachdem die Steuer- und Gesundheitsreform verabschiedet worden sind, wollen wir jetzt eine Halbzeitbilanz ziehen. Deshalb schlage ich vor, nach der Weihnachtspause eine Informationskampagne mit der Überschrift ‚Deutschland liegt gut im Rennen‘ zu starten. Dazu muß eine Art Schulungskurs für unsere eigenen Parteimitglieder, für die Ortsvorsitzenden und die Gemeinde- und Stadträte etc. gehören, weil es jetzt darauf ankommt, daß unsere eigenen Leute den Bürgern auf wichtige Detailfragen konkrete Antworten geben können.

Wir müssen mit dieser Informationskampagne den Versuch unternehmen, unseren Mitgliedern detaillierte Informationen an die Hand zu geben. Ich werde deshalb zwischen den Jahren den Kreisvorsitzenden dazu einen Brief schreiben.“

Schon jetzt wollen wir Sie über die Materialien informieren, die ab Mitte Januar vorliegen werden. Sie eignen sich hervorragend zur eigenen Informa-

All unseren Lesern wünschen wir ein gesegnetes Weihnachtsfest, ein glückliches neues Jahr und eine frohe Zukunft.

Der nächste UiD
erscheint als Nr. 1/89
am 12. Januar 1989.

**In dieser Ausgabe
alles über die
Sitzung des
Bundesausschusses
in Berlin**

(Fortsetzung von der vorherigen Seite)
tion und zur Weitergabe an eine breite Öffentlichkeit:

Alles über die große Steuerreform

„Mehr Geld für den Bürger,
mehr Schwung für die Wirtschaft“

Unter dieser Überschrift kann jeder Bürger nachlesen, was ihm die große Steuerreform bringt. Ausführliche und übersichtliche Steuertabellen zeigen: Diese Steuerreform zahlt sich aus.

Gesundheitsreform von A bis Z

- Die Krankenversicherung bleibt bezahlbar
- Die Vorsorge wird verstärkt
- Die Pflege wird anerkannt

In Form eines alphabetischen Nachschlagewerkes finden sich in dieser handlichen Taschenbroschüre alle wichtigen Stichworte zur Gesundheitsreform von Arzneimittelfestbeträge über Pflegehilfen bis Zahnersatz.

12 Pluspunkte der Regierung Helmut Kohl

Schlaglichtartig beschreibt dieser Faltprospekt beispielhaft zentrale Erfolge der Regierung Helmut Kohl. Kurz und knapp zusammengefaßt heißt die Bilanz der wichtigsten Entscheidungen der vergangenen zwei Jahre: Auch 1989 wird ein gutes Jahr!

Aktuelles Massenverteilmittel CDU extra

Eine aktuelle **Wochenendzeitung** wird zur Verteilung an die Haushalte im Februar zur Verfügung stehen. Im Rahmen einer

Kampagne, die möglichst viele CDU-Mitglieder zur Verteilung anregen soll, locken den eifrigsten Verteilern interessante Preise!

„Wenn alle diese Informationsmaterialien vorliegen, sollten wir in allen Kreis- und Ortsverbänden der CDU auf möglichst vielen Veranstaltungen diese Informationen darstellen und die eigenen Leute, aber auch gleichzeitig das interessierte Publikum einladen und über die einzelnen Punkte informieren. Ich möchte Sie herzlich bitten, daß Sie sich daran aktiv beteiligen und in den Kreisvorständen diese Informationsveranstaltungen organisieren und durchführen, damit wir am Anfang des Jahres mit neuem Schwung in die Arbeit hineingehen. Und ich möchte Sie auch herzlich bitten, daß alle Bundestags- und Landtagsabgeordnete sich an dieser Information beteiligen. Die Abgeordneten sind in erster Linie dazu aufgerufen, diese Informationen in die Bevölkerung mit hineinzutragen, weil sie die Gesetze mitverabschiedet haben.“

Diese Informationskampagne unter dem Motto „Deutschland liegt gut im Rennen“ wurde vom Bundesausschuß einstimmig beschlossen.

Weitere Informationen zu den Werbemitteln und die Bestellmodalitäten werden wir im Januar im UID veröffentlichen.

Zitat

„Die Demoskopie stellt Stimmungen fest; über die Entscheidung der Bürger bei der Bundestagswahl in zwei Jahren sagt sie nichts aus. Wirklichkeit und Bewußtsein der Bevölkerung klaffen derzeit auseinander. Richtig ist: Den Deutschen ist es noch nie so gut gegangen wie heute.“

(Heiner Geißler
im Bonner General-Anzeiger)

Helmut Kohl:

Die Botschaft von unseren Erfolgen unter die Menschen bringen

Der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, gab in der Sitzung des Bundesausschusses am 14. Dezember 1988 einen politischen Lagebericht, in dem er u. a. folgendes ausführte:

Zwischen den Themen dieser Tagung des Bundesausschusses und dem Tagungsort Berlin besteht ein direkter Zusammenhang: Es geht um neue Perspektiven für Berlin, es geht um die Lage im geteilten Deutschland und um unsere Politik für die Einheit der Nation. Schließlich geht es — vor der wichtigen Wahlentscheidung in Berlin am 29. Januar 1989 — auch um ein Zeichen der Solidarität der CDU Deutschlands mit ihren Berliner Freunden.

Wir kämpfen mit Eberhard Diepgen und der Berliner Partei um jede Stimme, damit es in Berlin weiter aufwärtsgeht.

Wer — wie viele von uns — über Jahrzehnte hinweg mehrmals im Jahr nach Berlin kommt, kann die Fortschritte sehr genau beobachten. Es ist schon so, wie jetzt von unseren Freunden gesagt wird: Berlin hat wieder „jede Menge Zukunft“. Allein die Tatsache, daß seit 1986 über 100.000 Menschen neu nach Berlin zugezogen sind, zeigt, daß wieder an die Zukunft dieser Stadt geglaubt wird.

Von Berlin sind wichtige Impulse und Anregungen ausgegangen — nicht zuletzt für die Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland insgesamt. Eine leistungsfähige, dynamische Wirtschaft mit modernen Technologien hat sich entwickelt.

Berlin ist eine der großen Kulturmetropolen Europas — voller Vitalität und Faszination. Dabei fällt auch auf: eine Politik,

die Heimatbewußtsein und kulturelle Traditionen pflegt, weist in die Zukunft.

Mit einem Satz: Berlin ist eine großartige Stadt, eine Stadt voll Zuversicht und Selbstbewußtsein, voll Offenheit und Toleranz, eine Stadt auch des menschlichen Miteinanders. Das ist nicht zuletzt das Verdienst der Berliner CDU und des von Eberhard Diepgen geführten Senats. Wir alle wollen mithelfen, um am 29. Januar 1989 jede Stimme für die Fortsetzung dieser Politik zu gewinnen.

1988 war ein Jahr, in dem wir große Herausforderungen zu bewältigen hatten, das viele Schwierigkeiten auch für unsere Partei mit sich brachte. Aber heute dürfen wir sagen: Es ist ein ausgesprochen gutes Jahr geworden. Wir haben beachtliche Erfolge erzielt, die von keinem bestritten werden können.

Vieles von dem, was wir jetzt unter Zeitdruck durchsetzen — und wir sprechen viel zu wenig davon —, hätte längst geschehen müssen. Niemand hätte beispielsweise Willy Brandt und Helmut Schmidt daran gehindert, die steuerlichen Zuvielbelastungen beizeiten durch eine Steuerreform abzubauen. Niemand von uns hätte die Vorgänger-Regierung gehindert, die Gesundheitsreform — die überfällig war — in Angriff zu nehmen. Niemand hätte diese Regierung daran gehindert, die Deutsche Bundespost auf den modernsten Stand der Entwicklung zu bringen. Daß die demographischen Zahlen sich katastrophal entwickeln, ist nicht erst seit 1983 bekannt — und ebensowenig, daß deswegen über eine Rentenreform diskutiert, daß vor allem auch ent-

schieden werden muß. Für uns alle muß klar sein: Dieses Reformpaket ist eine Grundvoraussetzung dafür, daß wir nach 1992 — nach der Vollendung des europäischen Binnenmarktes — unseren Spitzenplatz in der Europäischen Gemeinschaft halten können. Diese Botschaft überzubringen, ist uns bis zur Stunde noch nicht gelungen, selbst in der eigenen Partei noch nicht.

Wir müssen immer wieder deutlich machen: Wir könnten mit einer Steuerbelastung wie wir sie bislang bei uns zu verzeichnen hatten, nicht genügend konkurrenzfähig sein. Wir werden nur weiter mithalten können, wenn wir erstklassige Produkte zu vernünftigen Preisen anbieten. Wir sind kein an Bodenschätzen reiches Land, wir haben — außer der Kohle — keine nennenswerten eigenen Ressourcen. Der Reichtum unseres Landes sind die Leistungen der Bürger, ihr hoher Ausbildungsstand, ihre Kenntnisse, ihr Fleiß, ihre Zuverlässigkeit, ihr Ideenreichtum. Wir müssen die Bürger motivieren und nicht demotivieren — und das ist der Sinn der Steuerreform.

Wir haben gesagt: Leistung muß sich wieder lohnen. Wenn die dritte Stufe der Reform am 1. 1. 1990 in Kraft tritt, wird sich zeigen, daß auch unser Zeitplan richtig war. Angesichts der konjunkturellen Entwicklung in diesem Jahr wird deutlich, wie recht wir hatten, den vielen Ratschlägen **nicht** zu folgen und das Inkrafttreten der dritten Stufe nicht auf den 1. 1. 1989 vorzuziehen. Ich füge gleich hinzu: Um Chancengleichheit für unsere Wirtschaft herzustellen, müssen wir zwischen der nächsten Bundestagswahl — die vermutlich am Sonntag, dem 2. Dezember 1990 stattfinden wird — und der Verwirklichung des Binnenmarktes am 31. 12. 1992 eine weitere wichtige steuerliche Maßnahme treffen: die Reform der Unternehmensbesteuerung.

Wir können unter den jetzigen steuerlichen Voraussetzungen unsere Wirtschaft nicht mit hinreichender Aussicht auf Erfolg in den großen europäischen Markt führen. Hier ist Handlungsbedarf, und wir werden handeln.

Am Beispiel der Gesundheitsreform zeigt sich, daß Durchstehvermögen und Nervenkraft sich auszahlen. Wenn man sich klarmacht, daß die Ausgaben der Krankenversicherung 1960 neun Milliarden DM betragen, 1988 dagegen 125 Milliarden — das ist eine Steigerung um das 14fache —, dann hat man eine Vorstellung davon, daß dieses System in den finanziellen Kollaps steuern würde. Gerade **weil** wir ein freies Gesundheitssystem erhalten wollen, muß diese Reform jetzt durchgesetzt werden.

Wir haben diese Reform durchgesetzt, weil wir die Beiträge stabilisieren müssen — und, wo möglich, senken wollen —, weil wir vor allem auch die Lohnnebenkosten eingrenzen müssen, soweit sie der Staat zu verantworten hat. Wir haben mit dieser Reform gleichzeitig ein wichtiges soziales Thema aufgegriffen: die Förderung der häuslichen Pflege. In einer Gesellschaft, in der der Altersaufbau sich so dramatisch verändert, daß die Zahl der über 80jährigen heute bereits über zwei Millionen beträgt, müssen wir verstärkt darüber nachdenken, wie wir auch alten Menschen ein Leben in Würde, Sicherheit und Geborgenheit — und das heißt nicht zuletzt: in ihrer gewohnten Umgebung — ermöglichen können.

Wir haben jetzt noch die Verabschiedung der Postreform und der Rentenreform vor uns. Wir haben sehr lange über das Konzept der Rentenreform beraten und zum Beispiel auch auf der letzten Bundesausschußsitzung richtige Beschlüsse gefaßt, die das Konzept mitgestaltet haben. Wir stehen jetzt in Gesprächen mit den Koalitionsparteien und auch mit der sozialde-

mokratischen Opposition. Ich setze mich nachdrücklich dafür ein, daß wir, wenn möglich, zu einem Konsens in der Rentenfrage kommen — natürlich nicht unter Aufgabe unserer Prinzipien. Wenn es jedoch möglich ist, einen Konsens zu erzielen, wäre das für alle — und besonders für unsere alten Menschen — sehr gut. Es war immerhin auch in den 50er Jahren möglich, bei der ersten großen Rentenreform.

Wir haben genügend Felder, auf denen sich Regierungs- und Oppositionsparteien streiten können — und müssen. Aber es ist gut für unsere Republik, wenn Demokraten bei wichtigen Fragen auch noch ein Stück Gemeinsamkeit demonstrieren können. Wir — die CDU — sind dazu bereit.

Wir haben in diesem Jahr einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, daß unsere Gesellschaft leistungsfähig bleibt, daß sich die Menschen weiterhin in Freiheit entfalten können und in unserem Land Sicherheit und Geborgenheit finden. Ich habe vielen zu danken, die daran mitgewirkt haben. Es war eine gewaltige Arbeitsleistung nötig. Wenn ich gerade die Kollegen aus der Bundestagsfraktion nenne — und diejenigen, die ihre Arbeit im Bundesrat geleistet haben, weiß jeder, wovon ich spreche.

Mit besonderer Dankbarkeit erwähne ich unseren Freund und Kollegen Alfred Dregger, den Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Lieber Alfred Dregger, ich habe Ihnen zu danken für eine freundschaftliche, loyale und faire Zusammenarbeit, für ein gutes menschliches Miteinander. Ich hoffe auch für die Zukunft auf eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit Ihnen.

Meine lieben Freunde, wir sind die stärkste Regierungspartei, und daraus ergibt sich, daß wir eine besondere Verantwortung tragen. Wir müssen gegenüber einer

Flut von Emotionen, die jeder von Ihnen täglich erfährt, die Kraft haben, das als richtig und notwendig Erkannte zu tun, auch gegen die Stimmungen des Tages. Unser Ergebnis für 1988 kann sich sehen lassen. Bei aller gebotenen Zurückhaltung dürfen wir doch sagen: Wir sind gegenwärtig die erfolgreichste Regierung im freien Teil Europas. Wir dürfen und wir müssen die Botschaft von unseren Erfolgen unter die Menschen bringen, und wir können auch den Beweis dafür antreten.

Es ist ganz interessant, was einer der Jüngeren aus der Garde der SPD, der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, vor ein paar Tagen sagte. Er erklärte in einem Interview sinngemäß, daß seine Partei mit Blick auf 1990 in Bonn keine großen Hoffnungen haben könne. Er hat es damit begründet, daß die SPD keinen Koalitionspartner habe, da die FDP ja eine klare Position für die nächste Legislaturperiode bezogen habe. Er hat es aber auch mit den allgemeinen Verhältnissen begründet. Und in der Tat kann man unschwer erkennen, daß die Sozialdemokraten, unterstützt von einem Teil der Grünen und einem Teil der linksgerichteten öffentlichen Meinung, ihre Taktik geändert haben. Bonn bleibt natürlich auf lange Sicht das entscheidende Ziel, aber gegenwärtig vollzieht sich unübersehbar ein Generalangriff auf die Union in den Ländern. Liebe Freunde, es soll niemand glauben, hier käme rein zufällig einiges zusammen. Das, was wir in den letzten Monaten etwa an persönlichen Angriffen gegen unseren Freund Ernst Albrecht erlebt haben, ist ein Beispiel dafür, in welch übler Weise man mit hochangesehenen Persönlichkeiten unserer Partei und unseres Landes umgeht — nur mit dem Ziel, sie über diese Methoden zu Fall zu bringen und selbst an die Macht zu kommen. Das ist eine Erfahrung, die

Sie in Niedersachsen jeden Tag machen können. Die Art und Weise, wie ein Teil der veröffentlichten Meinung dieses Geschäft mitbetreibt, wie Menschen bis hinein in ihre Privatsphäre angegriffen werden, das entspricht nicht unserer Vorstellung von politischer Auseinandersetzung. Was gegenwärtig in Frankfurt geschieht, gehört in genau die gleiche Kategorie. Wer die Verhältnisse in Frankfurt, wer die Details kennt, der muß sich schon wundern über die anmaßende Frechheit, mit der die Sozialdemokraten hier die Tatsachen auf den Kopf stellen. Auch wenn wir nach Mainz blicken, können wir beobachten, wie hier ganz bewußt — nach mancherlei Problemen, die wir uns in unserer eigenen Partei selbst geschaffen haben — der Versuch unternommen wird, den neuen Mann von der ersten Minute an herabzusetzen. Und schließlich erleben wir Ähnliches in Berlin, so zum Beispiel durch den Untersuchungsausschuß ein paar Wochen vor der Berliner Wahl.

Gewiß, das ist nicht unsere Vorstellung von politischer Auseinandersetzung, aber es wäre töricht zu glauben, daß solche Methoden auf Dauer keine Wirkung bei den Bürgern hätten. Es ist hohe Zeit, daß wir uns mit aller Entschiedenheit und mit der Klarheit, die hier geboten ist, gegen diesen Verfall politischer Kultur zur Wehr setzen. Ich gehe davon aus, daß wir dies gemeinsam tun.

Wir müssen deutlich machen, wo die Union steht — und wir müssen auch zu unseren Freunden stehen. Dieses Jahr ist an unserer Partei nicht spurlos vorübergegangen. Wir haben in diesem Jahr auch Fehler gemacht — darüber kann es gar keinen Zweifel geben —, wir alle, ich auch. Ich weiß, daß es oft für unsere Freunde vor Ort nicht einfach war. Aber ich glaube, dieses Jahr hat auch gezeigt, daß wir die innere Kraft zu den notwen-

digen Entscheidungen haben. Es ist wichtig, daß wir die vor uns liegende Zeit nutzen. Mein Konzept ist klar: Wir wollen die wesentlichen Gesetzesvorhaben, insbesondere die Rentenreform, in der ersten Hälfte des kommenden Jahres oder kurz nach der Sommerpause verabschieden. Wir wollen uns dann die Zeit nehmen, unsere Leistungen in den verbleibenden Monaten bis zur Bundestagswahl vor den Bürgern vorzustellen und für sie zu werben. Ich selbst werde dies mit ganzem Nachdruck tun.

Wir haben uns nicht darauf beschränkt, den Leuten zu sagen, was sie gerne hören wollen. Wir haben eine Politik konzipiert und durchgesetzt, die die Zukunft sichert — und zwar die Zukunft aller Generationen, der jungen wie der älteren. Wir müssen kämpfen und dürfen nicht abwarten, was die anderen machen. Wir müssen offensiv werden, unsere Leistungen darstellen und so die Bürger überzeugen. Es gibt viele Gründe, die mich zum Optimismus veranlassen. Vor allem sehe ich Chancen für eine weltpolitische wie innenpolitische Entwicklung, die dem Bürger deutlich macht: Dies sind gute Jahre — unter der Führung der Union.

Aber das setzt voraus, liebe Freunde, daß wir uns in den Orts- und Kreisverbänden nicht von wechselnden Stimmungen hinreißen lassen, sondern sagen: Wir kämpfen um den Sieg.

Wir müssen wissen, daß es entscheidend auf uns — auf die CDU — ankommen wird. Darum bitte ich Sie herzlich, daß wir auch weiter gut zusammenarbeiten.

Im nächsten Jahr besteht die Bundesrepublik Deutschland 40 Jahre. Die meiste Zeit davon war die Christlich Demokratische Union die bestimmende politische Kraft. Liebe Freunde, es liegt an uns, daß es auch in Zukunft so sein wird. Ich lade Sie alle herzlich ein, daran mitzuwirken.

Alfred Dregger:

Mit der Union geht es auch 1989 in Berlin weiter aufwärts

Vor dem Bundesausschuß der CDU führte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, in Berlin u. a. folgendes aus:

Für die Partei wie für die Fraktion ist jede Sitzung in Berlin ein Bekenntnis; ein Bekenntnis zu Deutschland, zu Berlin, zur Einheit der Nation.

In Moskau hat der Bundeskanzler die Teilungsgrenze, die in der Mauer in Berlin ihren häßlichsten Ausdruck gefunden hat, als „widernatürlich“ bezeichnet. Ja, sie ist widernatürlich, sie verletzt die Menschenrechte und sie verletzt die Würde Europas und seiner Nationen.

Wir Deutschen wünschen Gorbatschow Erfolg; denn Erfolg kann er nur haben, wenn er den Sowjetmenschen etwas mehr Freiheit, etwas mehr Selbstbestimmung und etwas mehr Respekt vor ihrer Menschenwürde einräumt. Wenn Gorbatschow das den Sowjetmenschen einräumt, dann können Gorbatschow und Honecker es den Deutschen in der DDR nicht länger verweigern.

In dem notwendigen Wandel, der die erstarrte Kriegsordnung überwindet, hat kein Bundesland eine wichtigere Rolle als Berlin. Hier ist die Mitte, die Mitte Deutschlands und Europas. Hier zeigt sich, was wir Deutschen und wir Europäer sind, was wir können und was wir wollen.

Berlin steht heute für eine vitale, selbstbewußte, hoffnungsfrohe und zukunftsreiche Stadt, in der es nach der von der Union erkämpften politischen Wende aufwärts geht, die den Wandel von der

Industrie- in die Informationsgesellschaft offensiv bewältigt. In einem halben Jahrzehnt wurden hier über 20.000 neue Arbeitsplätze auf dem Sektor der Information geschaffen. Wettbewerbsfähige Arbeitsplätze, füge ich hinzu. Ob es um die Finanz-, die Sozialpolitik oder um die innere Sicherheit geht — **Berlins Bilanz ist positiv. Und die Stadt ist eine Kulturmetropole von europäischem Rang, die Kultur auch als Brückenschlag zwischen Ost und West begreift.**

Für den politischen Erfolg und das neue Lebensgefühl in dieser Stadt steht vor allem ein Mann: Eberhard Diepgen, auf den wir alle stolz sind, der Richard von Weizsäckers Arbeit hier eindrucksvoll fortsetzt und der gemeinsam mit der Union am letzten Januar-Sonntag 1989 auf dem Prüfstand steht.

Wir sind das Erfolgsland Nr. 1 in Europa. Wir sind Weltmeister im Export und in der Geldwertstabilität. Wir haben Erfolg auf dem Arbeitsmarkt. Wir haben die Zahl der Arbeitsplätze seit der Wende um 900.000 vermehrt. Bis zum nächsten Jahr wird es uns aller Voraussicht nach gelingen, den Gesamtverlust aufzuarbeiten, der unter der Verantwortung der SPD eingetreten war.

Unsere Sicherheits-, Außen- und Deutschlandpolitik hat unsere Gegner fast sprachlos gemacht. Frieden und Freiheit sind sicherer geworden, der aktive friedensstärkende Dialog auch mit der Sowjetunion und den Staaten des Warschauer Paktes ist in vollem Gange.

Unsere Deutschlandpolitik hat die Grenze aus Stein und Stacheldraht durchlässiger

gemacht. Über fünf Millionen Reisen aus der DDR konnten wir im vergangenen Jahr zählen; 1,2 Millionen davon unterhalb des Rentenalters. Die geteilte Nation verliert sich nicht aus den Augen. Wir bleiben im Kontakt.

Was uns Christliche Demokraten von anderen unterscheidet: Wir verzichten nicht darauf, das Unrecht der Teilung und die Verletzung der Menschenrechte im anderen Teil Deutschlands beim Namen zu nennen. Erinnern Sie sich noch daran, wie man uns als deutschlandpolitisches Risiko mit der diabolischen Parole „Lieber verhandeln als schießen“ abzustempeln versuchte?

Als ob es zum beharrlichen, von Selbstachtung und dem Wunsch nach mehr miteinander getragenen Verhandeln eine Alternative gäbe. Helmut Kohls Name steht jedenfalls für mehr Bewegung in der für uns offenen Deutschlandfrage als es seinen sozialdemokratischen Vorgängern gelang.

Ein Wort zu den 200.000 deutschen Landsleuten aus den deutschen Ostgebieten, aus Polen, Rumänien und der UdSSR, die in diesem Jahr zu uns kommen. Alle Bundesregierungen haben sich dafür seit langem eingesetzt. **Wir nehmen die Deutschen, die zu uns kommen, herzlich auf und bieten ihnen bei uns eine beständige Heimat.** Das verlangt von uns offene Herzen und Solidarität. Wir werben um diese innere Haltung bei unseren Mitbürgern. Sie haben ja ähnliches und größeres schon einmal bei der Aufnahme von Millionen von deutschen Heimatvertriebenen am Ende des Krieges geleistet . . .

Was uns nachdenklich stimmen muß, ist nicht unsere Arbeit und sind nicht ihre Ergebnisse. Besorgt machen muß uns die Tatsache, daß viele Bürger unsere Leistungen als bare Selbstverständlichkeit oder als gottgegebene Himmelsge-

schenke, bei denen wir zumindest nicht im Wege stehen, hinnehmen, während jede, auch bescheidene Einschränkung mit hysterischen Klageliedern bedacht wird. Niemand kann und will erwarten, daß die Deutschen allabendlich Dankesopfer auf dem Altar des Kanzlers erbringen, aber manche Wehleidigkeit, manch angeborener Negativismus scheint doch nur teutonischem Gemüt zu entspringen.

Schon Otto von Bismarck befand im vergangenen Jahrhundert: „Der Deutsche hat an und für sich eine starke Neigung zur Unzufriedenheit. Ich weiß nicht, wer von uns einen zufriedenen Landsmann kennt.“ Und Ernst Jünger meinte einmal: „Wenn die Deutschen zusammenkommen, um ein Fest zu feiern, zeigen sie sich statt dessen gegenseitig ihre Wunden vor.“

Ein Fraktionskollege sagte zwar kürzlich, die Stimmung bei einem solchen Fest werde erst schlecht, wenn ein Unionsanhänger dazukomme. Aber ich will jetzt gegenüber Wählern und eigenen Freunden nicht ins Jammern verfallen. Statt zu klagen, sollten wir selbstkritisch und ohne Larmoyanz gegenüber Stimmungen darüber nachdenken, wie und wo wir unsere Öffentlichkeitsarbeit verbessern können.

Vier Fragen möchte ich nicht nur für die Fraktion, sondern für die Gesamtunion in diesem Zusammenhang aufwerfen:

1. Machen wir die große Linie unserer Politik deutlich genug? Ich meine damit den geistigen Überbau unserer Reformen. Zu den Gütesiegeln der Union gehört seit Ludwig Erhard die Soziale Marktwirtschaft. Die Steuerreform war eine Neubesinnung auf ihre Prinzipien, aber im vieltimmigen detailkrämerischen Diskussionsgewirr über Quellensteuer, Subventions-Streichung und anderes sind die Grundlinien verblaßt. Die Gesundheitsreform ist ein Stück Neubesinnung auf das

Fundament von Eigenverantwortung und Solidarität, doch im Streit um Zahnersatz, Sterbegeld und Kiefernorthopädie sind die großen Linien undeutlich geworden.

Mehr Wettbewerb — ein altes Postulat der Union — heißt unsere Devise bei der Postreform. Aber statt die Botschaft von drastischen Kostensenkungen für die Kunden, die die Liberalisierung im Fernmeldewesen weltweit gebracht hat, und einen verbesserten Service in Aussicht zu stellen, machen wir in Klein-Klein und streiten vornehmlich darüber, ob das Unternehmen in zwei oder drei Teile aufgliedert und wie die Aufsicht organisiert werden soll.

Vielleicht haben wir es versäumt, in einem argumentativen Paket die großen Linien aller Reformen, gemessen an Grundsätzen und Zielen der Union, zu präsentieren. Und in dieses umfassende Gemälde die unbestrittenen Notwendigkeiten für die Attraktivität des Industriestandortes Bundesrepublik Deutschland in einem europäischen Binnenmarkt der Zukunft einzubeziehen.

2. Gelingt uns eine auch das Gefühl ansprechende Semantik für die Beschreibung unserer richtigen Politik? Ich denke: nein. Der Mittelpunkt des Menschen ist erfreulicher- oder bedauerlicher-weise nicht der Kopf, sondern das Herz. Vokabeln können aber Flügel bekommen, wenn die richtigen Sachverhalte mit den richtigen emotionalisierenden Begriffen besetzt werden.

3. Gibt es eine Medienbarriere? Gelingt es uns wegen bestimmter Wettbewerbsnachteile im Magazin- oder elektronischen **Medienjournalismus** nicht, unsere Position zu verdeutlichen? Ich weiß es nicht, aber ich glaube zu wissen, daß wir bei der professionellen und klugen Vermittlung unserer Politik alle gemeinsam verbesserungsbedürftig sind. Ebenso bei der Besetzung von Themen, bei dem

Bemühen um offene Information und intelligente politische Aktion.

Mit Pauschalschelten gegenüber Journalisten oder der immer an der Parteibasis Beifall auslösenden Binsenwahrheit „wir verkaufen uns schlecht“ kommen wir nicht weiter.

Medien- und Kulturpolitik müssen einen größeren Stellenwert erhalten. Ich meine damit auch die vermehrte Begegnung mit Intellektuellen und Künstlern, die uns nicht nahestehen, deren Ansichten aber für uns wichtig sind.

4. Ist unsere Partei motiviert und mobilisiert genug, um das Mammutwerk vier großer Reformvorhaben offensiv mit durchzutragen? Ich habe da meine Zweifel. Deswegen müssen wir die zweite Hälfte zu einem auch innerparteilichen Feldzug der Argumente für unsere bessere Politik nutzen. Dabei sind wir alle gefordert. Wir haben keinen Grund, defensiv zu sein oder ein schlechtes Gewissen zu haben.

Es mag Sie verwundern, liebe Freunde, daß ich mich kaum mit der rot-grünen Opposition auseinandergesetzt habe. Damit Sie nicht denken, dies geschehe, weil wir zu stark mit uns selbst beschäftigt seien, will ich ein paar Sätze sagen, obwohl mich bei diesem Thema regelmäßig ein Schöpfungstief befällt. Bei der SPD kann man ein gewisses Profil eigentlich nur noch erkennen, wenn es um die Bekämpfung der Bundesregierung geht. Es ist ein reines Nein-Sager-Profil, aber immerhin, man ist ja inzwischen bescheiden geworden und weiß damit wenigstens, was die SPD nicht will.

Was sie will, ist nur schwer zu erkennen. Ob es um ihre Vorstellungen für ein Wirtschafts- und Sozialprogramm in der neuen Dienstleistungsgesellschaft, ob es um ihre Vorstellungen zum Arbeitsmarkt der Zukunft, ob es um Gesundheits- oder Postreform geht, sie ist entweder heillos zerstritten oder schlicht reformunfähig. Leistungskompetenz zur Bewältigung der

Zukunftsfragen wird ihr von den Bürgern nicht zugesprochen.

Auch personell ist unklar, wer das Sagen hat. Da gibt es den gestrengen Rektor in Bonn, die sprunghafte Seifenblase in Saarbrücken und den wenigstens meistens gut gelaunten Verwalter in Düsseldorf. Alles keine überzeugenden Lösungen für die Wahl des „Mister Zukunft“ in der SPD.

Mit einem Kanzlerkandidaten „Oskar Rauvogel“ kann man Helmut Kohl jedenfalls nicht besiegen. Dennoch — Herbert Wehners berühmt gewordene Formel „wir brauchen die Opposition nicht“ gilt für uns, die wir um demokratische Gemeinsamkeit bemüht sind, nicht. Wenn die SPD zur Zusammenarbeit bei drängenden Zukunftsfragen wie der Rentenreform bereit sein sollte, an unserem Willen zur Kooperation soll es nicht fehlen.

Was die „Grünen“ angeht, so haben sie den Charme der ganz andersdenkenden Neuankommlinge verloren. Wer den blanken Haß in den Gesichtern der feindlichen Brüder und Schwestern bei der jüngsten Bundesversammlung erlebt hat und sich an die hehren Worte von der Notwendigkeit einer neuen politischen Kultur erinnert, der weiß um die Richtigkeit eines Wortes von Bertrand Russell, der folgendes schrieb: „*Die moderne Menschheit hat zwei Arten von Moral: eine, die sie predigt, aber nicht anwendet, und eine andere, die sie anwendet, aber nicht predigt.*“

Dennoch warne ich vor dem naiven Glauben an eine Sezession oder einen Zerfall der „grünen“ Bewegung. Die „Grünen“ sind eine Milieu-Partei und haben mittlerweile ein beträchtliches Sympathisanten-Potential. Und politische Macht, verbunden mit Karrierismus, ist ein nicht zu unterschätzender Kitt. Vom kommunistischen Aktivisten über den nationalneutralistischen Verfechter — die Palette dieser Gruppierung ist breit. Und es lohnt sich auch für die Union, um eine bestimmte

Kategorie bisher „grüner“ Wähler zu werben. Vor allem um jene, die nach moralischen Haltegriffen suchen, sich der konsequenten Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen verschrieben haben, für die Gewaltfreiheit in der politischen Auseinandersetzung eine Selbstverständlichkeit ist, die das menschliche Leben schützen wollen, die Dezentralisierung statt Vermassung wollen und die beim idealistischen Aufbruch zu neuen Ufern erkennen, daß sie an den falschen Gestaden einen Zwischenaufenthalt eingelegt haben.

Es mag Sie verwundern, daß ausgerechnet ich dazu aufrufe, auch um solche Wähler zu werben. Ich weiß, daß die dramatische Veränderung der soziologischen Strukturen in der Dienstleistungsgesellschaft, die abnehmende Zahl von Stammwählern und das steigende Potential ungebundener und zu Überraschungen fähiger Wechselwähler auch veränderte Konzepte in der Wähleransprache erforderlich macht. **Und eine moderne und offene Partei wie die Union muß sich dieser Aufgabe annehmen.** Auch mit dem Herausstellen unterschiedlicher Repräsentanten, die im Lebensgefühl solcher Gruppen sicher stärker zu Hause sind als ich. Aber wir dürfen unsere bewährten und wie ich finde hochmodernen Grundsätze wie die Selbstbestimmung — auch gerade für das deutsche Volk —, den Schutz menschlichen Lebens, die Soziale Marktwirtschaft, die Subsidiarität und, ich füge hinzu, einen geläuterten Patriotismus — nicht verblassen lassen. **Dabei geht es auch um die Zahl der Stimmen; in diesem Falle aber um mehr. Es geht um unsere Identität als Volkspartei, die das soziale, das liberale und das konservativ-nationale Element verkörpert, die jede Übersteigerung dieser Elemente zu Sozialismus, Liberalismus und Nationalismus verhindert und sie auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes zusammenfügt in einer Politik, die das Ganze zu tragen in der Lage ist.**

Eberhard Diepgen:

Unsere Politik richtet sich nach den Bedürfnissen der 90er Jahre

Die Vision eines Europas ohne Grenzen mit Berlin im Mittelpunkt entwickelte Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen vor den Delegierten des CDU-Bundesausschusses. An dieser Vision, so sagte Diepgen, richte die CDU ihre Politik in und für Berlin aus. Auch jetzt schon und in den 90er Jahren wolle und werde die Stadt ihre Aufgabe als Scharnier zwischen Ost und West wahrnehmen und ausbauen.

Er verwies in diesem Zusammenhang auf die Tatsache, daß in diesem Jahr er selbst eine Ausstellung in der DDR eröffnet habe und daß umgekehrt ein hoher Vertreter der DDR bei der Eröffnung der Ausstellung über den Großen Kurfürsten im Westteil der Stadt teilgenommen habe, zu deren Gelingen auch die Museumsverwaltung in Potsdam mit zahlreichen Exponaten beigetragen habe: „Niemand hätte das selbst vor nur zwei Jahren für möglich gehalten!“

Diepgen äußerte sich zuversichtlich über die künftige Entwicklung im Ost-West-Verhältnis, mahnte aber die Verwirklichung der in Helsinki auch von der DDR unterschriebenen Verpflichtungen an. Die DDR müsse endlich ihre „Bunker-Mentalität“ aufgeben. Als Staat, der dauernd Friedenspolitik für sich in Anspruch nehme, müsse sie sich daran erinnern lassen, daß eine Politik des äußeren Friedens stets den inneren Frieden zur unabdingbaren Voraussetzung habe.

Mit Stolz vermerkte Diepgen, daß in keiner Stadt in Richtung auf die Vision von einem Europa ohne Grenzen so viel

geschehen sei wie in Berlin. Das gelte für Fortschritte im Kleinen — wo Diepgen noch erheblichen Nachholbedarf sieht — ebenso wie für Grundsatzfragen. Auch bei ihnen sieht er — im Zusammenhang mit der Berlin-Initiative der Westmächte und der Reaktion der Sowjets — in der sowjetischen Antwort nicht nur die Wiederholung altbekannter Rechtsstandpunkte, sondern auch die signalisierte Gesprächsbereitschaft.

Bei den „Kleinen Schritten“ nennt Diepgen in erster Linie den Abbau von bürokratischen Hemmnissen und Unsinnigkeiten. Zum Beispiel die Tatsache, daß ein Besucher aus den übrigen Bundesländern seinen Hund sehr wohl nach Ost-Berlin mitbringen dürfe, der Besucher aus West-Berlin dagegen nicht. Dazu Diepgen voller Ironie: „Offenbar ist Fiffi aus Kreuzberg ideologisch als Besucher Ost-Berlins wesentlich gefährlicher als Fiffi aus Braunschweig!“

Bei den Sowjets ist nach Meinung des Regierenden Bürgermeisters hinsichtlich ihrer Berlin-Politik eine deutliche Kursveränderung eingetreten; die These, man könne Berlin austrocknen, gehöre der Vergangenheit an. Dennoch billigt er der DDR in praktischen Fragen mehr Realismus im Umgang mit Berlin (West) zu als den Sowjets.

Vorsichtig positiv äußerte sich Diepgen zu der von der DDR öffentlich verkündeten neuen Regelung von West-Besuchen. Dies sei zwar ein Schritt in die richtige Richtung, doch bleibe abzuwarten, wie es mit der Handhabung in der Praxis aussehe. Auch die angekündigte verwal-

Berlin hat Zukunft

Auf seiner Sitzung am 14. Dezember 1988 in Berlin hat der Bundesausschuß der CDU die folgende Berlin-Resolution einstimmig verabschiedet.

Die CDU hat Berlin vorgebracht. Sie hat dieser Stadt wieder neue Perspektiven gegeben. Berlin steht heute beispielhaft für den Aufschwung, den unser Land insgesamt genommen hat. Die neue Vitalität Berlins und neue Initiativen der Regierung Eberhard Diepgen in der Wirtschafts-, Forschungs- und Kulturpolitik geben wegweisende Impulse auch in der Bundespolitik. Auch in der Sozialpolitik wurden neue Wege gewiesen, die bundesweit Beachtung verdienen. Die Stärkung der Lebenskraft Berlins ist auch in Zukunft eine Hauptaufgabe christlich-demokratischer Politik.

Freiheitswille und das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen sind ungeboren, und nirgends sind sie greifbarer als in Berlin. Die CDU findet sich mit Mauer und Teilung nicht ab. Ziel der CDU bleiben die Sicherung der Freiheit Berlins und eine stabile Friedensordnung in Europa, in der das deutsche Volk in freier Ausübung des Selbstbestimmungs-

rechts die Einheit Deutschlands in Freiheit wiedererlangt.

Die Bindungen Berlins an den Bund müssen aufrechterhalten und entwickelt, die Rechte und die Verantwortlichkeiten der Vier Mächte für Berlin und Deutschland als Ganzes müssen gewahrt werden. Auf dieser Grundlage und in Partnerschaft mit den Schutzmächten müssen alle Chancen genutzt werden, die sich aus der geographischen Lage der Stadt im Herzen Europas ergeben: als Brücke im Bereich der politischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit. Die Bürger im freien Teil Berlins rufen wir auf, auch in Zukunft gemeinsam mit der Christlich Demokratischen Union Deutschlands für die Freiheit und Sicherheit Berlins zu arbeiten. Berlin muß in Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur an der Spitze bleiben. Mit der SPD, die weder personell noch konzeptionell für Berlin ein Angebot machen kann, ist dies nicht möglich. Deshalb müssen die Berliner CDU und der Senat von Berlin unter Führung von Eberhard Diepgen ihre erfolgreiche Politik für Berlin fortsetzen können. Darum

(Fortsetzung von der vorherigen Seite)

tungsrechtliche Überprüfung von ablehnenden Bescheiden ändere noch nichts an der Tatsache, daß es eben keinen Rechtsanspruch auf Ausreise gebe. Sehr selbstbewußt zeigte sich Diepgen hinsichtlich der Entwicklung in Berlin: Die Stadt habe sich nach langen Jahren beim internationalen Bewußtsein wieder zurückgemeldet, habe eine neue Lebendigkeit entwickelt und strahle Impulse für ganz Deutschland und darüber hinaus aus. Die CDU richte die Politik aus an

den Bedürfnissen der 90er Jahre, wobei sie sicher sei, daß der Stadt eine wichtige Scharnierfunktion zukommen werde. Im Gegensatz zu den demografischen Horror-Visionen der SPD in den 70er Jahren nehme die Bevölkerungszahl der Stadt wieder zu, was natürlich — zum Beispiel bei Wohnungen, Arbeits- und Studienplätzen, auch Probleme mit sich bringe. „Aber wir schlagen uns lieber mit der Kehrseite von Erfolgen herum als mit dauernden Mißerfolgen wie unsere Vorgänger von der SPD.“

geht es bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus am 29. Januar 1989. Jede Stimme für Eberhard Diepgen und für die CDU ist eine Stimme für die Zukunft Berlins.

1. Berlin geht neue Wege

Berlin ist in den letzten Jahren zu einem Wirtschaftsstandort mit Zukunft geworden. Der Fleiß der Berliner, die erfolgreiche Politik Eberhard Diepgens und der CDU in Bund und Land haben die Wirtschaft wieder in Schwung und Berlin auf einen der vorderen Plätze in der wirtschaftlichen Entwicklung gebracht. Berlin ist wieder innovativ. Eine vorbildliche Zusammenarbeit von Mittelstand und Wissenschaft — insbesondere neue Wege beim Technologietransfer — haben Berlin zu einem Modell für Existenzgründung gemacht und damit die Grundlage geschaffen für rund 40.000 zusätzliche Arbeitsplätze seit 1983, den Zuzug von 100.000 Menschen seit 1986 sowie ein derart großes Angebot an Ausbildungsplätzen, daß es nicht einmal voll wahrgenommen werden konnte. Berlin bietet heute neue Lebenschancen für Jung und Alt. Berlin ist eine Stadt der Lehre, Forschung und Wissenschaft; die Hochschulen bieten eine in der Bundesrepublik Deutschland einmalige Vielfalt und Leistungsfähigkeit. Hochqualifizierte Wissenschaftler haben Deutschlands größte Universitätsstadt zu einem europaweit attraktiven Standort für Studenten gemacht. In 200 Forschungsinstituten wird die Grundlage dafür gelegt, daß Berlin in Geistes- und Naturwissenschaften, vor allem in der Telekommunikation, der Weltraumforschung, der Fertigungs- und Umwelttechnik alle Chancen hat, auch in Zukunft Spitze zu bleiben.

Berlin bietet der Wirtschaft hervorragende Bedingungen für Zukunftsinvestitionen. Die CDU fordert die deutsche Wirtschaft auf, die Chancen Berlins als

Investitions- und Technologiestandort auch in Zukunft zu nutzen.

Ein Standortvorteil ist auch die Berliner Sozialpolitik, die neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Staat, Verbänden, Selbsthilfegruppen und dem einzelnen Bürger entwickelt und die moderne Modelle verwirklicht, welche für das sozialpolitische Zukunftskonzept der CDU insgesamt bedeutsam sind.

Die CDU unterstreicht die Verpflichtung des Bundes, zur Stärkung der wirtschaftlichen und sozialen Lebenskraft Berlins auch in Zukunft beizutragen, vor allem durch die Berlin-Förderung, den Strukturhilfefonds und die Bemühungen um den weiteren Ausbau der Transitwege.

2. Berlin ist und hat eine nationale Aufgabe

Die Deutschlandpolitik der CDU und der von ihr geführten Bundesregierung hat seit 1982 eine neue Phase des Dialogs und konkreter Vereinbarungen mit der DDR eingeleitet. Solange die Teilung andauert, werden wir alle Anstrengungen unternehmen, die widernatürliche Trennung für die Deutschen erträglicher zu machen, konkrete Verbesserungen für die Menschen zu erreichen, das Bewußtsein der Deutschen, ein Volk zu sein und einer Nation anzugehören, zu stärken und damit die Voraussetzungen zur Wiedererlangung der Einheit Deutschlands zu fördern. Noch nie wurde für die Menschen im geteilten Deutschland und für Berlin mehr erreicht als durch die Deutschlandpolitik der CDU-geführten Bundesregierung. Berlin ist und bleibt Prüfstein für gegenseitiges Vertrauen im West-Ost-Dialog und für Entspannung. Fortschritte im innerdeutschen Verhältnis wie in den Beziehungen zu den Staaten des Warschauer Paktes kann es nur geben, wenn dabei die volle Einbeziehung Berlins gewährleistet ist. Ergebnis dieser festen

Haltung der CDU-geführten Bundesregierung ist es, daß Berlin und das Berliner Potential in alle innerdeutschen Vereinbarungen der letzten Jahre, das Kulturabkommen, das Umweltabkommen und das Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und in die während des Besuches von Generalsekretär Honecker 1987 in Bonn vereinbarten Vorhaben voll einbezogen werden konnte.

Zum Nutzen Berlins und der Berliner konnte in den vergangenen Jahren die Einbeziehung Berlins in den innerdeutschen Stromverbund und in Erdgaslieferungen aus der Sowjetunion erreicht werden. Im Eisenbahnverkehr von und nach Berlin sind einige der günstigsten Bundesbahntarife (z.B. Seniorenpaß) eingeführt worden. Besonders kommt den Berlinern die Zwei-Tage-Regelung bei Besuchen im Ostteil der Stadt zugute.

Durch Grunderneuerung von Teilstücken der Transitautoabfahren nach Berlin sind die Verkehrsverbindungen mit dem übrigen Bundesgebiet erheblich verbessert worden. Eine solche Verbesserung, aber auch eine Entlastung des innerstädtischen Verkehrs, wird die Öffnung eines neuen Übergangs für den Transitverkehr im Süden der Stadt bringen. Darüber hinaus wird z. Z. mit der DDR über den Bau einer schnellen Eisenbahnverbindung zwischen Berlin und Hannover verhandelt. Diese Schnellbahnverbindung wird Berlin auf der Schiene besser anbinden und als Teilstück einer Magistrale von Moskau nach Paris auch eine europäische Dimension haben. Im Luftverkehr werden die Bemühungen um die weitere Öffnung Berlins für den internationalen Flugverkehr weitergehen.

Wir setzen uns dafür ein, daß Partnerschaften und Kontakte auch zwischen Stadtbezirken im östlichen und westlichen Teil Berlins möglich werden. Diese

Partnerschaften müssen in erster Linie von den Bürgern selbst gestaltet werden, zum Beispiel im Bereich des kulturellen, wissenschaftlichen und religiösen Lebens und des Sports. Wir unterstützen den CDU-geführten Berliner Senat bei seinem Bemühen, durch eine aktive Politik auf der Grundlage des Berlin-Status in Kontakten mit der anderen Seite Gegenstände abzubauen und das mögliche Maß an Gemeinsamkeiten zu erreichen. Ost-Berlin und die DDR haben die Chance, durch Kooperation mit Berlin (West) den technischen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Sachverstand Berlins für die Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft, für die technologische Erneuerung und für Verbesserungen im Umweltschutz zu nutzen. Die CDU tritt dafür ein, eine ständige Berliner Umweltkonferenz zu schaffen, in der beide Teile der Stadt gemeinsam für einen verbesserten Umweltschutz zusammenarbeiten.

Vor allem kommt es darauf an, die Alltagssituation der Menschen in Berlin zu verbessern. Deshalb wollen wir erreichen, daß die Reisemöglichkeiten für Berliner nach Ost-Berlin und in die DDR vereinfacht und erweitert werden: West-Berliner sollten künftig auch zur Naherholung einfacher reisen können, zu Wochenendausflügen in die nähere Umgebung der Stadt und in die Mark Brandenburg; Übernachtungsmöglichkeiten sollten auch bei Kurzreisen in die DDR ermöglicht werden.

Wir wollen für Berlin eine Ausweitung des Sportverkehrs, vor allem im Breitensport (auch im Jugend- und Behindertensport). Berlin ist der richtige Standort für einen Expertenaustausch im Bereich der Sportmedizin.

Wir unterstützen die Initiative des Nationalen Olympischen Komitees für Deutschland (NOK) für eine deutsche Bewerbung um die Ausrichtung der

Olympischen Sommerspiele im Jahre 2004. Die CDU befürwortet eine Ausrichtung der Olympischen Spiele in beiden Teilen Berlins.

Das freie Berlin gehört zur Bundesrepublik Deutschland und wird von ihr nach außen vertreten — auch gegenüber der DDR. Die CDU steht für eine Politik, bei der die lebensnotwendigen Bindungen Berlins an den Bund und die Partnerschaft mit den drei Schutzmächten Vorrang haben.

3. Berlin – Zentrum Europas und Brücke im West-Ost-Dialog

Berlin liegt im Zentrum Europas. Europa endet nicht an Elbe und Spree. West- und Osteuropa müssen die Chance nutzen, die sich aus der Lage der Stadt in der Mitte des Kontinents ergeben: als Brücke im politischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Bereich.

Das freie Berlin ist Teil des freien Europas. Es gehört mit der Bundesrepublik Deutschland zur Europäischen Gemeinschaft und muß deshalb in alle Verträge der Gemeinschaft voll einbezogen sein. Die CDU erwartet von allen Partnern in der EG ein starkes Engagement für Berlin. Die Möglichkeiten, die sich durch die Schaffung des Europäischen Binnenmarktes ergeben, müssen Berlin zugutekommen. Berlin darf nicht am Rande des Binnenmarktes stehen. Deshalb müssen europäische Institutionen und Einrichtungen in Berlin angesiedelt werden.

Geschaffen werden soll vor allem ein Institut für vergleichendes europäisches Sozialrecht. Wir schlagen darüber hinaus in Berlin die Gründung einer „Europäischen Akademie der Wissenschaften“ vor zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen West und Ost in den Geistes- und Sozialwissenschaften.

Berlin ist Kulturstadt Europas auch über 1988 hinaus. Durch die neue Kulturpoli-

tik des Berliner Senats hat Berlin eine neue Ausstrahlungskraft erlangt und zählt zu den großen kulturellen Zentren des Kontinents. Im Berliner Kulturleben verbindet sich kulturelle Tradition mit der Aufgeschlossenheit für Neues. Die CDU tritt dafür ein, Berlin als Forum der internationalen Begegnung zwischen Schriftstellern, Künstlern und Intellektuellen aus West und Ost auszubauen. Berlins Tradition als weltoffene und tolerante internationale Begegnungsstätte bietet die Chance, den europaweiten kulturellen Austausch zu fördern und durch die Begegnung der Kulturen West- und Osteuropas neue Impulse zu geben. Deshalb sollen regelmäßige Schriftstellertreffen und eine Kunstmesse in beiden Teilen Berlins stattfinden. Wir schlagen einen europäischen Kulturpreis vor, der in Berlin an Künstler aus Ost und West vergeben werden soll.

Die CDU will Berlin verstärkt in die politische Diskussion zwischen West und Ost und in die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) einbeziehen. Wie kein zweiter Standort eignet sich Berlin für praktische Projekte der Zusammenarbeit im wirtschaftlich-technologischen Bereich, als Begegnungsstätte für Führungskräfte aus West und Ost, als gemeinsame Ausbildungsstätte für Fachleute und als Ort des Dialogs, der Vertrauensbildung und der Entwicklung gut-nachbarlicher Beziehungen.

EG ist optimistisch

Die Europäische Gemeinschaft erwartet in diesem Jahr mit einem Wirtschaftswachstum von 3,5 Prozent die höchste Steigerungsrate seit Ende der siebziger Jahre und die beste Investitionsentwicklung seit mehr als zwei Jahrzehnten.

Die Interessen der Mieter bleiben gewahrt

„Die im Rahmen der Steuerreform beschlossene Aufhebung des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes hat bei manchen Mietern Besorgnisse ausgelöst, sie hätten hohe Mietsteigerungen zu befürchten oder ihr Wohnrecht sei in Gefahr. Dazu besteht kein Anlaß. Die schutzwürdigen Belange des Mieters bleiben auch nach der neuen, ab 1990 geltenden Rechtslage voll gewahrt.“

(Dr. Oscar Schneider, Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau)

Miethöhe

Bei den Sozialwohnungen wird die Miete durch die Aufhebung des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes nicht berührt, weil der Vermieter weiterhin nur die sogenannte Kostenmiete erheben darf. Dies gilt so lange, bis der Vermieter die öffentlichen Mittel zurückgezahlt hat. Zahlt er die öffentlichen Mittel vorzeitig zurück, so ist er in der Regel noch acht Jahre an die Kostenmiete gebunden.

Bei Wohnungen, die keine Sozialwohnungen sind bzw. bei denen die Sozialbindungen ausgelaufen sind, entfällt ab 1990 die Bindung an die Kostenmiete. Der Vermieter kann hier aber nicht mehr als die Vergleichsmiete verlangen. In Gebieten mit erhöhtem Wohnbedarf, die von den Ländern zu bestimmen sind, dürfen die Mieten bis Ende 1995 jährlich um höchstens fünf Prozent erhöht werden. Dies gilt für alle bestehenden und für die bis zum 31. 12. 1989 abgeschlossenen Mietverträge. In den anderen Gebieten, in denen die Mietunterschiede zum freien Wohnungsmarkt in aller Regel wesentlich geringer sind, gilt die allgemeine Kappungsgrenze für Mieterhöhungen von 30 Prozent innerhalb eines Zeitraums von drei Jahren. Eine Erhöhung über die Ver-

gleichsmiete hinaus kommt in keinem Fall in Betracht.

Sozialer Kündigungsschutz

Bestehende Mietverträge bleiben von der Aufhebung des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes unberührt. Dies gilt selbstverständlich auch für Dauermietverträge. Der geltende Kündigungsschutz wird durch die Aufhebung des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes in keiner Weise beeinträchtigt.

Verkauf und Umwandlung

Wenn ein gemeinnütziges Wohnungsunternehmen Wohnungen verkauft, gelten für den Mieter — wie bisher — die allgemeinen Schutzrechte. Der Erwerber tritt in den bestehenden Mietvertrag in vollem Umfang ein. Auch hier gilt der Grundsatz: „Kauf bricht nicht Miete“. Der Kündigungsschutz bleibt in vollem Umfang erhalten. Der Käufer erlangt keine zusätzlichen Kündigungsrechte.

Neue Aufgabe für Werner Münch

Die Gruppe der 41 CDU/CSU-Abgeordneten im Europäischen Parlament hat den Lohner Europaabgeordneten Werner Münch beauftragt, die Informations- und Öffentlichkeitsarbeit der Deutschen Gruppe in der EVP-Fraktion (Europäische Volkspartei; Fraktion der Christdemokraten) im Europäischen Parlament in die Hand zu nehmen. Gleichzeitig wurde er Vorsitzender eines entsprechenden Gremiums, das auch für die Vorbereitungen der dritten Direktwahlen zum Europäischen Parlament am 18. Juni 1989 mit verantwortlich ist.

Hilfe für Aussiedler auch im nächsten Jahr

Auf Einladung von Bundeskanzler Helmut Kohl trafen sich am 12. Dezember 1988 Vertreter aus Wirtschaft, Gewerkschaften, Kirchen, Wohlfahrts- und Vertriebenenverbänden mit Mitgliedern der Bundesregierung zu einem Gespräch zur Situation der deutschen Aussiedler. Der Bundeskanzler würdigte den engagierten Einsatz der Verbände, die spontan und flexibel auf die sich im Laufe dieses Jahres durch hohe Aussiedlerzahlen bedingte neue Situation reagiert hätten.

Helmut Kohl wies darauf hin, daß der Bund bisher durch Haushaltsmittel erheblich geholfen habe und weiter helfen werde. So werden für Eingliederungsmaßnahmen rd. 1,75 Mrd. DM im Bundeshaushalt 1989 bereitgestellt. Hinzu werden 750 Mio. DM aus dem Wohnungsbauprogramm kommen. Die Aufwendungen des Bundes würden sich gegenüber den bereits erhöhten Ausga-

ben für 1988 noch einmal verdoppeln. Hierbei sei wichtig, daß alle staatliche Hilfe lediglich dazu diene, Startnachteile für die Aussiedler auszugleichen und nicht zu Lasten der einheimischen Bevölkerung gehe.

In dem Gespräch wurde die Bedeutung der Sprachförderung unterstrichen. Qualität und Effektivität der Sprachförderungsmaßnahmen sollen u. a. im Hinblick auf berufsbegleitende Maßnahmen überprüft und — wenn nötig — gesteigert werden.

Übereinstimmend waren die Beteiligten der Auffassung, daß weiterer Handlungsbedarf bei der vorläufigen Unterbringung, bei der endgültigen Wohnraumversorgung sowie bei der Eingliederung in die Arbeitswelt besteht. Die Wohlfahrts- und Vertriebenenverbände erklären ihre grundsätzliche Bereitschaft, ihre Personalkapazität für die soziale Beratung und Betreuung der Aussiedler zu erhöhen.

Schloß Eichholz – Das Politische Seminar

Das Politische Seminar des Instituts für Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung will zur Teilnahme am politischen Leben beitragen: durch Information, durch Diskussion aktueller und grundsätzlicher politischer Fragen. Es versucht, gerade auch durch Rollenspiele mit demokratischen Diskussions-, Handlungs- und Entscheidungsprozessen vertraut zu machen und in speziellen Übungen die rhetorischen Fähigkeiten des einzelnen für die politische Auseinandersetzung zu schulen.

Die nächsten Termine für „Einsteiger“:

18. bis 21. Januar 1989

23. bis 26. April 1989

Weitere Informationen/Anmeldungen:

**Konrad-Adenauer-Stiftung
Institut für Politische Bildung
Schloß Eichholz
Postfach 1331
5047 Wesseling**

Gewässersanierung

Das Bundesforschungsministerium stellt 15 Mio. DM für Forschungsarbeiten zur Verfügung, wie am besten und schnellsten kleine Flüsse wieder in ihren natürlichen Zustand versetzt und saniert werden können. Das Programm betrifft die Flüsse Lahn, Vils, Werse, Hunte und Stör.

Im Zweifel die Krankenkasse fragen

Das am 1. 1. 1989 in Kraft tretende Gesundheits-Reformgesetz wird in Teilen der Bevölkerung falsch aufgefaßt, manchmal bewußt, erklärt der sozialpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Horst Günther.

Deshalb muß eindeutig auf die Grundlinien hingewiesen werden. Dazu gehört, daß den Versicherten insgesamt keine Mark verloren geht, die aus zusätzlichen Belastungen durch das Gesetz eingespart wird. Alle Einsparungen bzw. Ausweitungen der Selbstbeteiligung kommen der Versichertengemeinschaft in Form neuer Leistungen wieder zugute, z. B. bei der häuslichen Pflege und durch Vorbeugungs- und Früherkennungsmaßnahmen und insbesondere zur Bekämpfung von Herz-, Kreislauf- und Rheumakrankheiten. Insofern findet ein Umbau von Leistungen statt.

Der Vorwurf des Abkassierens bei Versicherten ist daher falsch und verdreherisch. Wenn bisher beim Versicherten abkassiert wurde, dann durch ständig steigende Beiträge, die das Nettoeinkommen der Arbeitnehmer schmälerten.

Damit aber der Umbau und die Konzentration der Leistungen auf neue Erfordernisse hin den einzelnen Versicherten nicht ungebührlich belasten, enthält das neue Gesetz sowohl eine Härteklauseel sieht vor, daß Versicherte, die als Alleinstehende nicht mehr als 1.260 DM, als Verheiratete nicht mehr als 1.732 DM und pro Kind plus 308 DM Einkommen haben, gar keine Selbstbeteiligung zu leisten brauche. Die Überforderungsklausel bedeutet, daß Versicherte mit einem Monatseinkommen bis zu 4.575 DM insgesamt höchstens zwei Prozent dieses

Einkommens an Selbstbeteiligung leisten müssen; bei einem Monatseinkommen über 4.575 DM sind es vier Prozent.

Diese Begrenzung gilt einschließlich aller mitversicherten Personen, also für Familien insgesamt. Lediglich der Zahnersatz ist von dieser Regelung ausgenommen.

Pauschale Vorwürfe sind also unangebracht. Wenn in der Bevölkerung aus interessierten Kreisen Unruhe gestiftet wird und die Menschen meinen, sie bekommen ab 1. 1. 1989 keine Brille, keine neuen Zähne oder gar keinen Rollstuhl wie das zu hören ist, dann muß ein solches Geschwätz als unsinnig und polemisch zurückgewiesen werden.

Aus diesen Gründen sind pauschale Behauptungen über angebliche einschneidende Leistungskürzungen unzutreffend. Lancierte Gerüchte dieser Art bezwecken die Verunsicherung der Bevölkerung. Den Bürgern ist zu raten, sich in entsprechenden Zweifelsfällen an ihre jeweilige Krankenkasse zu wenden. Die Krankenkassen sind zur Auskunft und Beratung verpflichtet und fachlich zuständig.

Anzeigenkampagne der Europäischen Volkspartei

Im Januar 1989 startet die EVP-Fraktion im Europäischen Parlament eine Anzeigenserie in überregionalen Tageszeitungen, Programmbeilagen, Illustrierten und in der Bild-Zeitung. Die Anzeigen werden die Bevölkerung u. a. über den europäischen Binnenmarkt und europäische Forschungs- und Umweltpolitik informieren. Diese Informationskampagne wird durch Faltblätter ergänzt, die über zwölf wichtige Themen informieren und über die Europaabgeordneten der CDU verteilt werden.

Den Senioren Heimat geben

Sieben Leitlinien zur kommunalen Seniorenpolitik

Der Bundesvorsitzende der Senioren-Union, Gerhard Braun, stellte am Montag, 28. 11. 1988, in Bonn die vom Bundesvorstand der Senioren-Union verabschiedeten kommunalpolitischen Leitlinien der Senioren-Union vor und gab eine Stellungnahme zu dem vom Bundesminister für Arbeit und Soziales vorgelegten Diskussions- und Referentenentwurf zur Rentenreform ab.

Die vom Bundesvorstand der Senioren-Union einstimmig beschlossenen kommunalpolitischen Leitlinien stehen unter dem Tenor „Den Senioren Heimat geben – die ältere Generation in Stadt, Gemeinde und Kreis“.

Die Senioren-Union hat deshalb **sieben Leitlinien** zur kommunalen Seniorenpolitik erarbeitet.

1. Eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht kann auf die Erfahrung des Alters und auf das Alterskapital für die Gestaltung der Zukunft nicht verzichten. Wir brauchen die Zusammenarbeit von jung und alt, die Solidarität der Generationen.

2. Seniorenpolitik ist nicht gleichzusetzen mit Sozialpolitik. Ihre Fragestellung geht weit darüber hinaus. Die Aufgabe der Politik muß es sein, die Lebenserfahrungen der älteren Generation zu nutzen. Nicht Betreuung, sondern Mitarbeit steht im Vordergrund.

3. Seniorenpolitik beginnt mit der Vorbereitung auf das Alter. Aufgabe gerade der Kommunen und öffentlichen Einrichtungen muß es sein, das Bewußtsein für die Probleme des Älterwerdens zu schärfen.

4. Die Politik hat Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß der ältere Mensch nach dem Ausscheiden aus seiner beruflichen Tätigkeit als vollwertiges Mitglied unserer Gesellschaft anerkannt bleibt. Dies bedeutet auch, daß die Mitwirkungsmöglichkeiten der Senioren in den kommunalen Einrichtungen zu verbessern sind.

5. Seniorenpolitik hat ihren Anfang in den Gemeinden, Städten und Kreisen. Aus diesem Grund ist die Mitwirkung der Senioren an den Entscheidungen in ihren Städten und Gemeinden durch Bildung von Senioren-Beiräten zu stärken.

6. Seniorenpolitik in den Städten, Gemeinden und Kreisen heißt aber nicht nur den unmittelbaren Belangen und Bedürfnissen der älteren Generation Rechnung zu tragen, sondern darüber hinaus ein Gemeinschaftsleben mit menschlichem Gesicht zu gestalten, wobei jung und alt gemeinsame aktive Partner sind.

7. Eine moderne kommunale Altenpolitik muß sich an den Wünschen und Erwartungen, die die älteren Menschen haben, orientieren. Dies sind insbesondere:

- das starke Streben nach Selbständigkeit und Aktivität, so lange dies möglich ist,
- der Wunsch, unter uns zu leben und nicht abseits zu stehen,
- das Verlangen nach Sicherheit,
- Hilfe und Betreuung, wenn dies erforderlich ist.

Damit diese Thesen auch inhaltlich in den Städten, Gemeinden und Kreisen mit Leben erfüllt und praktisch umgesetzt

werden, hat die Senioren-Union vielfältige Vorschläge zu den Themen:

- Wohnen, humane Stadtentwicklung, Verkehr;
- Politik, Kultur, Weiterbildung, Wissensweitergabe, sportliche und vielfältige andere Freizeittätigkeiten, ehrenamtliches Engagement;
- sowie zur Versorgung von pflegebedürftigen älteren Menschen, Unterstützung von Selbsthilfegruppen, Abbau der verschämten Altersarmut und sozialen Beratungsdiensten erarbeitet.

Bei all den von den Senioren-Unionen gemachten Vorschlägen geht es uns darum, den älteren Bürgern in unseren Städten, Gemeinden und Kreisen wieder eine Heimat zu geben, in der sie sich wohlfühlen, als vollwertige Bürger anerkannt werden und ihre Selbstständigkeit und Aktivität gefördert wird. wo sie aber auch, wenn sie auf unsere Pflege und Betreuung angewiesen sind, ein menschengerechtes Leben führen können. Auf Heimat hat jeder Mensch einen Anspruch, insbesondere der Ältere nach einem langen und arbeitsreichen Leben.

Rentenstrukturreform und Maßnahmen zum Abbau verschämter Altersarmut

Nachdrücklich begrüßt die Senioren-Union beim vorgelegten Entwurf des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung zur Rentenstrukturreform die sozialpolitisch herausragenden Absichten, sowohl die Anerkennung von Kindererziehungszeiten auf drei Jahre auszuweiten als auch die Anerkennung von Pflegejahren neu einzubeziehen. Beide beabsichtigten Maßnahmen betrachtet die Senioren-Union zudem als einen Erfolg ihrer Politik und verweist zugleich auf frühere Aktivitäten zu diesem Themenbereich.

Satzung der Senioren-Union genehmigt

Auf der Sitzung des Bundesausschusses der CDU in Berlin genehmigten die Delegierten die Satzung der Senioren-Union der CDU Deutschlands. Mit dieser Genehmigung ist die Gründungsphase der im April 1988 gegründeten Senioren-Union abgeschlossen. Bis auf den Landesverband Schleswig-Holstein, wo die Senioren-Union Anfang nächsten Jahres gegründet wird, haben in allen Bundesländern, in denen die CDU vertreten ist, die Landesverbände der Senioren-Union ihre Arbeit erfolgreich aufgenommen.

Mehr als 60.000 ältere Bürger arbeiten bereits heute in über 750 Orts- und Kreisverbänden der Senioren-Union mit und sind bereit, sich für das Gemeinwesen einzusetzen und Mitverantwortung in Politik und Gesellschaft zu übernehmen. Seit der Gründung hat unsere Idee der Senioren-Union nicht nur viele ältere Mitbürger innerhalb der CDU überzeugt, sondern auch zahlreiche Nicht-CDU-Mitglieder mobilisiert, stellt der Bundesvorsitzende Gerhard Braun fest.

Hamburger Senioren-Union gegründet

Als neue Vereinigung der Hamburger CDU ist jetzt die Senioren-Union gegründet worden. In nur wenigen Wochen hatte die Senioren-Union in Hamburg 600 Mitglieder gewinnen können, davon ein Drittel Nicht-CDU-Mitglieder. Landesvorsitzende wurde mit überwältigender Mehrheit die Alterspräsidentin der Bürgerschaft, Charlotta Fera. Ihre vier Stellvertreter wurden Stefanie Breme, Helga Kümpel, Friedrich Rahard und Gerda Zielke.

Vertrauensbeweis für Ernst Albrecht

Zur Abstimmung im niedersächsischen Landtag erklärt der Generalsekretär der CDU, Heiner Geißler: Der Versuch der Sozialdemokraten ist gescheitert, aus der gezielten Verleumdungskampagne gegen Ernst Albrecht und die niedersächsische CDU für sich politischen Profit zu ziehen. Das Gespinnst aus Verunglimpfungen, Unterstellungen und Verdächtigungen, das SPD und Teile der Presse über Monate gewoben hatten, ist zerrissen.

Gerhard Schröder, der Nutznießer dunkler Machenschaften werden wollte, bleibt Oppositionsführer. Er glaubte, die politischen Hochzeitsglocken schon läuten zu hören. Aber nun gilt für ihn die niedersächsische Volksweisheit: Man soll die Musik nicht bestellen, bevor man die Braut hat. Ernst Albrecht bleibt Ministerpräsident und kann seine erfolgreiche Politik für Niedersachsen fortsetzen, die langfristig angelegte Politik der Strukturverbesserung gerade auch im ländlichen Raum, die Ansiedlung neuer technologischer moderner Unternehmen, die Politik der sozialen Gerechtigkeit, eine vernünftige Schul- und Bildungspolitik, seine moderne Medienpolitik und vieles andere mehr.

Das gescheiterte Mißtrauensvotum der Opposition ist zugleich ein Vertrauensbeweis für Ernst Albrecht, seiner Regierung und für die CDU Niedersachsens. Es ist auch eine Niederlage für eine neue Variante des politischen Kampfsjournalismus. Dieser hat in Niedersachsen nicht mit Behauptungen gearbeitet, die vor Gericht nachgeprüft werden konnten. Vielmehr wurden nicht bewiesene Behauptungen in Frageform gekleidet. Nach dieser Methode sind einige Medien vorgegangen, wohlwollend unterstützt von der SPD.

Neu im Angebot

Für den Europawahlkampf: Europa-Bleistift

Von der gleichen Qualität wie die bewährten CDU-Bleistifte mit den Länderwappen, weiß mit dem CDU-Europasignet

Bestell-Nr.: 9482

Mindestabnahme: 100 Expl.

Preis pro Mindestabnahme: 20,— DM zuzügl. MwSt.

Für den Europawahlkampf sind außerdem im Angebot:

Europa-Papierfähnchen

Bestell-Nr.: 9508

Mindestabnahme: 1000 Expl.

Preis pro Mindestabnahme: 80,— DM zuzügl. MwSt.

Europaaufkleber

Bestell-Nr.: 9503

Mindestabnahme: 100 Expl.

Preis pro Mindestabnahme: 12,— DM zuzügl. MwSt.

Dokumentation

„Unsere Argumente für Europa“

Bestell-Nr.: 5110

Mindestabnahme: 50 Expl.

Preis pro Mindestabnahme: 9,— DM zuzügl. MwSt.

Dokumentation

„Europäischer Binnenmarkt 1992 — Herausforderung und Chance“

(Siehe grüne Dokumentation in dieser Ausgabe)

Bestell-Nr.: 5123

Mindestabnahme: 50 Expl.

Preis pro Mindestabnahme: 10,— DM zuzügl. MwSt.

Bestellungen über

IS-Versandzentrum

Postfach 13 28, 4804 Versmold

Die Beschlüsse von Wiesbaden und Bonn jetzt in einer Broschüre

In dieser Broschüre „Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes“ werden die Beschlüsse des Wiesbadener Bundesparteitag (13. — 15. Juni 1988) und der daran anschließenden Sitzungen des Bundesausschusses in Bonn (12. und 26. September 1988) veröffentlicht.

„In einem zweistufigen Verfahren — zunächst in einer breiten Diskussion innerhalb und außerhalb der Partei und sodann in einer Antragsphase in den antragsberechtigten Gliederungen der Partei — wurden Hunderte von Anregungen und Anträgen erarbeitet. Neben vielen tausend Parteimitgliedern haben sich mehrere hundert Experten aus der Wissenschaft, aus Verbänden und gesellschaftlichen Gruppen in Fachgesprächen, Anhörungen und Gutachten an der Diskussion beteiligt.

Die CDU setzte mit dem Wiesbadener Bundesparteitag und den September-Sitzungen des Bundesausschusses die Reihe ihrer großen Programmparteitage von Hamburg (1981), Stuttgart (1984), Essen (1985) und Mainz (1986) fort und unterstreicht damit, daß sie eine diskussionsfreudige, grundsatztreue und zukunftsorientierte Partei ist, die die Kraft zur Zukunftsgestaltung hat. Als große Volkspartei der Mitte entwickeln wir — auf der Grundlage unseres Grundsatzprogramms von Ludwigshafen — in den Beschlüssen von Wiesbaden und Bonn unsere programmatischen Aussagen fort und formulieren Perspektiven für die neunziger Jahre“, schreibt Helmut Kohl im Vorwort zu dieser Broschüre.

Der 1. Teil enthält programmatische Aussagen, u. a. zum Schutz des ungeborenen

Beschlüsse des 36. Bundesparteitages der CDU vom 13. bis 15. Juni 1988 in Wiesbaden sowie des Bundesausschusses am 12. und 26. September 1988

Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes



Lebens, zur Zukunft des Wirtschaftsstandortes Bundesrepublik Deutschland, zur Familienpolitik, zur Zukunftssicherung der Renten und zur Pflege. Der 2. Teil befaßt sich mit unseren Perspektiven zur Deutschland-, Außen-, Sicherheits-, Europa- und Entwicklungspolitik.

Mindestabnahme: 10 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 25, — DM zuzügl. MwSt.
Bestell-Nr.: 5115

Bestellungen über das
IS-Versandzentrum
Postfach 1328
4804 Versmold

Werbemittel für die Senioren-Union



Gerhard Bauer
Senioren wollen aktiv sein
Seite 2



Helmut Kohl
Danke an die Älteren
Seite 3



Helmut Kohl
Denke ist und bleibt sicher
Seite 4



Helmut Kohl
Mal Blass live erleben
Seite 5



Das Alter hat Zukunft

MACHRICHTEN

Im Ausland zum halben Preis „Bild Europa“

In Verbindung mit dem Dreierpaß für Deutsche Bundesbürger gibt es die monatlichen Ausgaben des „Bild Europa“ zum halben Preis. Der Dreierpaß kostet 30 Prozent weniger als in allen Fremdländerländern.

Seniorenrat in „B“

Der Deutsche Seniorenrat hat den Kreis- und Stadtverbänden eine spezielle Broschüre für den Vertrieb an. Diese kommt der Deutschen Gesellschaft des neuen Alters mit anderen speziellen Beiräten der Seniors Union.

Charlotte Fera: Macht die Straßen sicherer

Mit ihrer Verbundenheit für die älteren Menschen hat Charlotte Fera die Aufmerksamkeit der CDU-Politiker erregt. Die ehemalige Bundesrätin ist Mitglied der Seniors Union und hat sich für die Sicherheit der Straßen eingesetzt.

Zweimalige Verbraucher

Wer sagt denn, daß ältere Verbraucher nicht mehr gebrauchsfähig sind? Die Statistik zeigt, daß ältere Verbraucher zweimal so viel kaufen wie jüngere.



Mede kennt kein Alter

Es ist noch gar nicht so lange her, da war die Jugend alles und das Alter nichts. Doch das ist vorbei. Die wachsende Zahl älterer Menschen und die vielen Möglichkeiten, sich auch im Alter engagiert und aktiv zu betätigen, haben dazu geführt, daß die Senioren der älteren Generation kräftig zugenommen. Die Seniors Union, eine Vereinigung der CDU Deutschlands, ist daher überaus stolz darauf, die Interessen der älteren Generation zu vertreten. In der Bundesrepublik sind heute 12 Millionen Menschen über 60 Jahre alt. Bis zum Jahr 2000 werden es 15 Millionen sein. Das ist ein Anzeichen für den Erfolg der deutschen Wirtschaft. Die Seniors Union ist die einzige Organisation, die sich ausschließlich mit den Interessen der älteren Menschen befaßt. Sie bietet eine Vielzahl von Dienstleistungen an, die den Lebensstandard der älteren Menschen verbessern. Dazu gehören: Beratung bei der Wahl der Altersheim, Hilfe bei der Beantragung von Rente, Unterstützung bei der Beantragung von Sozialleistungen, Hilfe bei der Beantragung von Pflegegeld, Hilfe bei der Beantragung von Pflegegeld, Hilfe bei der Beantragung von Pflegegeld.

Ältere Menschen wollen ihre Fähigkeiten nicht aufgeben. Sie wollen aktiv leben und sich an der Gesellschaft beteiligen. Die Seniors Union bietet ihnen die Möglichkeit, ihre Fähigkeiten einzusetzen und sich an der Gesellschaft zu beteiligen. Dazu gehören: Beratung bei der Wahl der Altersheim, Hilfe bei der Beantragung von Rente, Unterstützung bei der Beantragung von Sozialleistungen, Hilfe bei der Beantragung von Pflegegeld, Hilfe bei der Beantragung von Pflegegeld.



Aufkleber: Erkennungszeichen der Senioren-Union

Mindestabnahme: 50 Stück
Preis pro Mindestabnahme: 15,— DM
Bestell-Nr.: 9080

Neu

Mit dem gleichen Signet der Senioren-Union gibt es jetzt auch ein Rahmenplakat in der Größe DIN A1, das insbesondere für Veranstaltungsankündigungen geeignet ist.

Rahmenplakat DIN A1: Senioren-Union

Mindestabnahme: 50 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 25,— DM
Bestell-Nr.: 8119

Alle Preise inkl. Versand zuzügl. MwSt.

CDU extra „Das Alter hat Zukunft“

Dies ist die neueste Ausgabe der CDU extra zum gewohnt günstigen Preis.
Mindestabnahme: 250 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 25,— DM
Bestell-Nr.: 2109

Die Broschüre „Mit uns die Zukunft souverän gestalten“ wird zur Zeit nachproduziert und steht im neuen Jahr wieder zur Verfügung.

Broschüre: „Mit uns die Zukunft souverän gestalten“

Mindestabnahme: 25 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 27,— DM
Bestell-Nr.: 5098

Bestellungen an:
IS-Versandzentrum,
Postfach 13 28
4804 Versmold

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

'89 FRISCHER WIND FÜR EUROPA

1989 ist ein wichtiges Jahr für Europa. Am 18. Juni 1989 wählen die Bürger Europas zum dritten Mal ihr Europäisches Parlament.

Die Europawahl ist ein Votum für Europa und zugleich ein Votum für die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland.

Europa muß wirtschaftlich, kulturell und politisch weiter zusammenwachsen. Kein Land Europas allein ist heute stark genug, um im internationalen Wettbewerb auf Dauer zu bestehen. Nur gemeinsam haben die Europäer die Chance, auch in Zukunft eine technologische Spitzenposition zu halten und Exportmärkte zu sichern. Nur gemeinsamer grenzüberschreitender Umweltschutz sichert die ökologische Zukunft Europas für kommende Generationen. Nur

gemeinsam kann Europa weltweit politische Verantwortung übernehmen.

Europa ist wieder da. Das ist ein Erfolg von Bundeskanzler Helmut Kohl und der CDU. Die Bundesrepublik Deutschland ist Vorreiter und Motor für die europäische Politik.

Von Konrad Adenauer bis Helmut Kohl – die CDU war und ist die deutsche Europapartei.



Dies ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle, die Ihre Angaben an die Bundesgeschäftsstelle weiterleiten wird.

UID

40/88

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 48,- DM. Einzelpreis 1,20 DM. **Herstellung:** VVA, Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.